

KINDEREINBÜRGERUNG

Doppel(s)pass: Mit 18 selbst entscheiden

Die Bilanz der in diesem möglichen Einbürgerung von Kindern ausländischer Eltern, die am 1. Januar 2000 noch keine zehn Jahre alt waren, kann natürlich noch nicht gezogen werden. Bis zum 31. Dezember ist ja noch Zeit, den entsprechenden Antrag zu stellen. Und offenkundig mobilisiert die Deadline. In Berlin zum Beispiel – hier liegen die Daten dem Büro der Ausländerbeauftragten für die ersten drei Quartale vor – gab es in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 679 Anträge, von Juli bis September 512. Auf ein Quartal gerechnet ist das ein Anstieg von 51 Prozent.

Eine Schwierigkeit in der Praxis kann die Tatsache darstellen, dass die Kindereinbürgerung 500 Mark kostet. Allerdings gibt es Möglichkeiten, dass der Betrag gemindert oder ganz erlassen wird. Die Voraussetzungen dafür – so Kadriye Aydin von der Clearing-Stelle des Interkulturellen Rates zum Staatsangehörigkeitsrecht – hat der Gesetzgeber aber sehr schwammig formuliert. Die Rede ist von Billigkeitsgründen, was natürlich weit interpretierbar ist. In der Regel geht es um Härtefälle, etwa bei Sozialhilfeempfängern, Eltern mehrerer Kinder. Und es ist eine Kann-Bestimmung, es besteht also kein Anspruch auf Minderung. Einen entsprechenden Antrag muss die Behörde allerdings prüfen. Dieser kann auch noch im Nachhinein gestellt werden, wenn der Gebührenscheid eintrifft. Da die Kommunen entscheiden, wird eine Gebührensenkung sehr unterschiedlich gehandhabt. Städte wie Hamburg, Stuttgart oder Darmstadt sind zumeist eher bereit, Härtefälle anzuerkennen als andere.

Eine Minderung oder Streichung der Gebühren ist auch dann möglich, wenn es im öffentlichen Interesse liegt. In ihrer Beratungspraxis – so Frau Aydin – sei ihr ein solcher Fall allerdings noch nicht zu Ohren gekommen.

Die Daten zur Kindereinbürgerung umfassen nicht alle eingebürgerten Kids. Wenn sich zum Beispiel die ganze Familie einbürgern lässt, geschieht dies auf einer anderen gesetzlichen Grundlage, nämlich dem Ausländergesetz. Allerdings haben die Kinder dann nur unter bestimmten Voraussetzungen einen Doppelpass. Es gibt Fälle, wo die Eltern sagen, sie möchten ihre Kinder nicht in die Situation bringen, sich irgendwann entscheiden zu müssen und lassen sich als Familie einbürgern. In der Praxis vorgekommen ist aber auch das genaue Gegenteil: Die Eltern wollen ihren Kindern die Möglichkeit bewusst offen halten, sich zu entscheiden.

Für Eltern, die selbst die Voraussetzungen für eine Einbürgerung nicht erfüllen – sei es, dass sie Sozialhilfeempfänger sind, sei es aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse – ist die Kindereinbürgerung die einzige Möglichkeit für die Kleinen, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Möglich ist das aber nur noch in diesem Jahr.

Inhalt

SEITE 2

- Ausbildung in türkischen Betrieben
- Schutz der Flüchtlinge

SEITE 3

- **Familienzusammenführung:** Einheitliches EU-Recht
- **TRANSNET:** AK Migration gegründet

SEITE 4

- **Safer Çinar:** Berlin, 9. November 2000

Zitiert

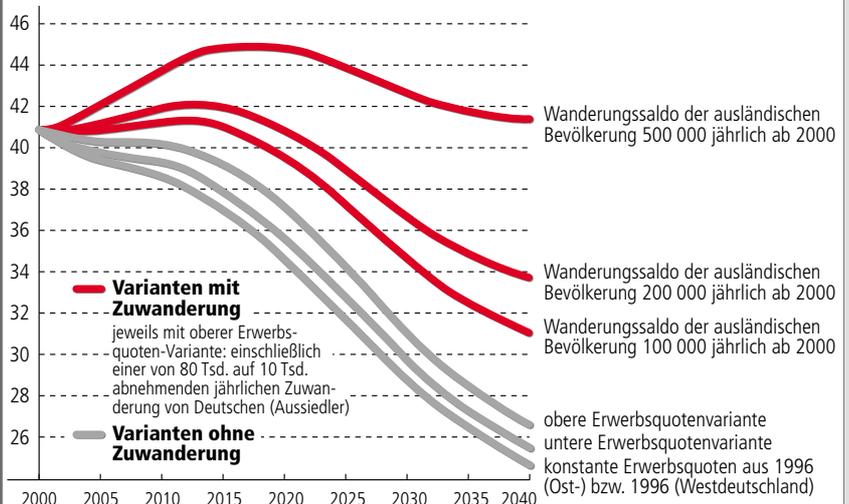
Was soll das Gerede um die Leitkultur? Ist es etwa deutsche Leitkultur, Fremde zu jagen, Synagogen anzuzünden, Obdachlose zu töten? Geht es um Kultur oder um die Wertvorstellungen der westlich-demokratischen Zivilisation, die wir in unserem Grundgesetz fest verankert haben?

Paul Spiegel, am 9. November in Berlin

Zahlenwerk

Projektion des Erwerbspotenzials in Gesamtdeutschland

Wohnortkonzept 2000 bis 2040, Erwerbspersonen in Millionen



Quelle: IAB Materialien 2/2000

MODELLPROJEKT

Ausbildung in türkischen Betrieben

Seit April 1998 ist ein vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung gefördertes Modellprojekt des Essener Zentrums für Türkei-studien (ZfT) mit der Aufgabe betraut, die türkischen Unternehmen in Deutschland gemäß ihrer steigenden Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland stärker an das duale Ausbildungssystem heranzuführen und Ausbildungshemmnisse abzubauen. Erst elf Prozent der türkischen Betriebe, die dazu in der Lage wären, bilden tatsächlich aus. 75,4 Prozent sind aber ausbildungswillig und weitere 5,7 Prozent unentschlossen. Hier setzt das Projekt an.

Zu den wichtigsten Aufgabenbereichen des Modellprojektes zählt die Schaffung eines Pro-

blembewusstseins über die Ausbildungssituation sowie die Vermittlung von Informationen über Anforderungen an Ausbildung in Deutschland. In Kooperation mit türkischen Unternehmerverbänden in Deutschland organisiert das ZfT regionale und überregionale Informationsveranstaltungen, zu denen Fachreferenten qualifizierte Beratung und Information rund um das Thema Ausbildung geben. Die Koordinierung und der Ausbau von Aktivitäten in den Regionen sowie die Beratung bei der Schaffung von Ausbildungsverbänden und Kooperationen mit externen Ausbildungsstellen stellen weitere wichtige Aufgabenfelder dar.

Kontakt: Zentrum für Türkei-studien
Altendorfer Straße 3, 45127 Essen, Tel.: 02 01 / 31 98-0
www.zft-online.de, Ansprechpartner/-innen:
Dr. Manuela Martinek, Anne Meyer, Nilgün Öksüz

Bündnis für Demokratie und Toleranz

Am 23. Oktober 2000 traf sich der Beirat des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz“ zu seiner ersten Sitzung. Die Parlamentarische Staatssekretärin im Innenministerium, Cornelia Sonntag-Wolgast, erklärte in ihrer Begrüßung: „Der Beirat für das Bündnis soll die weitere Arbeit maßgeblich gestalten und mit dem Sachverstand seiner Mitglieder die wichtigen Prioritäten setzen helfen.“ Zu den bisherigen 16 Beiratsmitgliedern aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen sollen weitere Expertinnen und Experten hinzu gezogen werden. Leo Monz, DGB, wurde in den Beirat berufen.

Xenos

Im Oktober hat das Bundesarbeitsministerium das Programm „Xenos – Leben und Arbeiten in Vielfalt“ vorgestellt. Xenos (altgriechisch: der Fremde) verfolgt das Ziel, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz durch konkrete Maßnahmen und Projekte zu bekämpfen. Dabei geht es vor allem um Maßnahmen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung. Es werden u.a. durch das Jugendministerium verschiedene Maßnahmen und Instrumente gefördert, wofür in den nächsten Jahren 25 Millionen Mark zur Verfügung stehen. Diese Maßnahmen richten sich vor allem gezielt an Jugendliche. Ziel ist es, zu gegenseitigem Verständnis beizutragen und das gemeinsame Lernen und Arbeiten von deutschen und ausländischen Jugendlichen und Erwachsenen zu fördern. Für die Umsetzung der technisch-administrativen Aufgaben – etwa Beratung der Projektträger – wird eine externe Stelle benannt.

MEMORANDUM VERÖFFENTLICHT

Schutz der Flüchtlinge

„Flüchtlinge sind keine Bettler. Das Völkerrecht überantwortet Flüchtlinge nicht den Augenblickslaunen der Staaten.“ So heißt es in einem „Memorandum zum Schutz der Flüchtlinge“, das im September verabschiedet wurde. In diesem Aufruf wird die rechtliche Situation von Flüchtlingen beschrieben und ein Programm zum aktiven Flüchtlingsschutz eingefordert. Damit soll eine Diskussion über die Genfer Flüchtlingskonvention eingeleitet werden, die am 28. Juli 2001 50 Jahre alt wird.

Unterzeichnet wurde das Memorandum von einer Reihe von Organisationen: amnesty international, Arbeiterwohlfahrt, Arbeitsgemeinschaft Ausländer- und Asylrecht im Deutschen Anwaltsverein, Deutscher Caritasverband, DGB Bundesvorstand, Referat Migration, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonisches Werk der EKD, Neue Richtervereinigung und PRO ASYL.

Das Memorandum liegt in einer ausführlichen und in einer Kurzfassung vor. Beide können zum Preis von DM 1,- bzw. DM 0,10 plus Versandkosten bestellt werden bei:
PRO ASYL, Postfach 16 06 24
60069 Frankfurt/Main
Fax: 069 / 23 06 50



Der Karikaturist Thomas Plabmann hat für die Deutsche Stiftung für UNO-Flüchtlingshilfe eine Reihe seiner Karikaturen zu den Themen Asyl, Ausländer in Deutschland zur Verfügung gestellt. Die Stiftung wiederum hat daraus – zu ihrem 30. Geburtstag – eine Wanderausstellung erstellt, die angefordert werden kann. Geeignete Orte für die Ausstellung sind Foyers von Unternehmen oder Gewerkschaftshäusern, Gemeindezentren oder Rathäuser, Büchereien oder Betriebsratsbüros – alle Orte, die nicht unbeaufsichtigt sind und an die Menschen kommen. Bezahlt werden muss lediglich der Transport.

Es gibt zwei Varianten der Ausstellung:
18 Karikaturen plus ein Textrahmen in zwei Transportkisten (hin und zurück etwa DM 100,- oder: 11 Karikaturen plus ein Textrahmen in einer Transportkiste (hin und zurück etwa DM 50,-
Nachfragen, Vormerkungen und so weiter bei: Deutsche Stiftung für UNO-Flüchtlingshilfe e.V.
Tanja Sieber
Tel.: 0228 / 35 50 57
Fax: 0228 / 35 50 59

Einheitliches EU-Recht

Anfang 2000 hat die EU-Kommission einen Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über das recht auf Familienzusammenführung vorgelegt. Derzufolge sollen Familienmitglieder von Drittstaaten, die sich rechtmäßig in einem EU-Land aufhalten, im Rahmen der Familienzusammenführung in die EU einreisen können und erhalten auf Antrag einen Aufenthaltstitel mit derselben Gültigkeitsdauer ihres in der EU lebenden Familienmitglieds. Spätestens nach vierjährigem Aufenthalt erwerben sie einen eigenen Aufenthaltstitel.

Mit dieser Regelung erhalten die Familienangehörigen auch Zugang zu Ausbildung, Erwerbstätigkeit und beruflicher Bildung. Voraussetzung für einen positiven Bescheid des Antrags sind der Nachweis eines angemessenen Wohnraums und einer umfassenden Krankenversicherung für die gesamte Familie, sowie feste und ausreichende Einkünfte.

Diese geplante Harmonisierung stieß im Wesentlichen auf große Zustimmung. So begrüßte die Arbeiterwohlfahrt (AWO) den

Entwurf. Als sehr positiv bewertete sie „die Einbeziehung derjenigen Drittstaatsangehörigen, denen die Flüchtlingseigenschaft im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention zuerkannt wurde, da diesen Menschen die Möglichkeit des Nachzugs von Familienmitgliedern nicht verwehrt werden darf“.

Auch der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen begrüßt – bei einigen Kritikpunkten im Einzelnen – den Entwurf. Wörtlich heißt es in einer Stellungnahme: „UNHCR appelliert nachdrücklich an die EU-Mitgliedstaaten, diese Vorschläge der Kommission, die internationale Prinzipien des Flüchtlingsschutzes widerspiegeln, zu verabschieden.“ Das EU-Parlament stimmte Anfang September dem Richtlinienvorschlag der Brüsseler Kommission zu.

Eine Zusammenfassung des Entwurfs ist im Internet zu finden:

<http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/133118.htm>

Von <http://europa.eu.int/> aus kann auch der Originaltext angeklickt werden.

AK Migration gegründet

Am 23. Oktober 2000 hat TRANSNET GdED einen Arbeitskreis Migration gegründet. Aktueller Anlass war die Besorgnis, dass Rechtsextremismus nicht länger ein Randphänomen der Gesellschaft ist. Allerdings will der Arbeitskreis die mit Migration zusammen hängenden Fragen nicht verengt unter dem Aspekt von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus betrachten und schon gar nicht darauf reduzieren, umgekehrt aber auch nicht den Rechtsextremismus nur auf den Zusammenhang mit Migration verstanden wissen.

Es geht den Eisenbahnern darum, an konkreten Ansatzpunkten pragmatisch das zu tun, was für sie als Gewerkschafter am ehesten konkret in Frage kommt und sie auch besonders gut können. Das mag sich bescheiden anhören, ist es aber nicht. Die Konzernbetriebsvereinbarung mit der Deutsche Bahn AG zur Gleichbehandlung (siehe Forum Migration Nr. 14) soll nicht als gutes Papierbeispiel in den Archiven vergilben, sondern tatkräftig umgesetzt wer-

den. Das heißt: darüber informieren und darauf achten, dass es in den Köpfen bleibt und jede und jeder zusammen zuckt, wenn dagegen verstoßen wird und dann natürlich handelt.

Vertreten im Arbeitskreis sind nicht bloß diejenigen, die sich ohnehin auf diesem Feld engagieren. Auch hauptamtliche Gewerkschaftssekretäre der verschiedenen Branchen innerhalb der Bahn sind verbindlich einbezogen. Dazu kommen noch zwei Vertreter aus dem Konzernbetriebsrat. Die Mischung, so Rolf Lutzke, Leiter des Arbeitskreises, ist bewusst gewählt. Hauptamtliche Sekretäre sind eingebunden, die Mehrheit aber stellen Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben. So wird der Sachverstand aus verschiedenen Bereichen einbezogen und sicher gestellt, dass die Ergebnisse des Arbeitskreises in den Betrieben umgesetzt werden. Das dürfte einer der nicht allzu häufigen Fälle sein, in denen Querschnittsaufgabe nicht das Vehikel ist, etwas abzuschieben, sondern wirklich angegangen wird.

Kalender

TAGUNG

Tag der Menschenrechte

Noch einmal zur Erinnerung:
Zum Tag der Menschenrechte am 12. Dezember veranstaltet das Referat Migration eine Tagung unter dem Titel „Einwanderer willkommen heißen – Anforderungen an Migrationspolitik im 21. Jahrhundert“ (siehe Forum Migration Nr. 14).

Termin: 12. Dezember 2000

10.30 Uhr bis 16.30 Uhr

Ort: Düsseldorf, Hans-Böckler-Haus, Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf

Anmeldung und Informationen bei Rosaria Bartolotta/ Anna Tastsoglou

Tel.: 0211 / 43 01-151

Fax: 0211 / 43 01-134

Die Anmeldung muss bis spätestens 5. Dezember erfolgt sein.

IN EIGENER SACHE

Forum Migration wird bekanntlich seit geraumer Zeit nicht mehr an Verteiler – etwa die DGB-Kreise – versandt, sondern nur noch an Einzelpersonen – kostenlos übrigens.

Das heißt natürlich nicht, dass wir alle die, die im Frühjahr 1999 nicht bestellt hatten, vom Bezug ausschließen wollen.

Bei Tagungen, in der Kaffeepause kommt immer wieder einmal die Frage: „Wo krieg ich das denn?“ Wer Forum Migration bezieht und die Frage außerhalb von Tagungen hört, kann die Antwort weiter geben – die fällt nicht unter die Rubrik Insiderwissen.

Forum Migration kann bestellt werden bei:

DGB-Bundesvorstand

Postfach 11 03 72

10833 Berlin

Fax: 0211/43 01 - 134

E-Mail: migration@bundesvorstand.dgb.de

DISKRIMINIERUNG

Gegenwehr in Frankreich

Einige Franzosen mit dunkler Hautfarbe dürften derzeit froh sein, dass sie mit sportlichen Talenten gesegnet sind und reichlich Geld verdienen. Andere, weniger Sportliche, die zum Beispiel bei dem schwedischen Bastelmöbel-Anbieter Ikea arbeiten wollen, haben da Probleme – dies zumindest wenn es nach einem Regionalleiter geht, der in ein Informationssystem eingegeben hatte, dass dunkelhäutige Arbeitnehmer nicht eingestellt werden sollen. Die französische Geschäftsführung von Ikea erklärte dazu, dass sie davon nichts wusste. Das allerdings ist in der französischen Öffentlichkeit, in der der Fall heftig diskutiert wird, auf Unverständnis gestoßen, da es sich um ein nationales Informationssystem, auf das alle Führungskräfte mit einem bestimmten Code Zugriff haben, handelt.

Die Gewerkschaft CGT, die von dem Vorfall erfahren hatte, reichte Klage ein. Derzeit ist das Verfahren allerdings verzögert, da sich der Staatsanwalt für nicht zuständig erklärt hat. Sein Argument: Der Hauptsitz von Ikea ist in Paris; deshalb müsse der Fall dort verhandelt werden. Da es in Frankreich eindeutige Gesetze gegen Diskriminierung gibt, droht den Beschuldigten eine Strafe, die leicht über 300 000 Francs hinaus gehen kann.

Der Fall hat natürlich auch in Schweden für Aufsehen gesorgt. So hat die Konzernleitung Stellung gegen diese Diskriminierung bezogen und in einer Veröffentlichung noch einmal auf die Unternehmenskultur verwiesen, in der solche Praktiken keinen Platz haben.

Impressum

FORUM MIGRATION

Herausgeber: Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand, Referat Migration, Burgstr. 29-30, 10178 Berlin Tel. 030 / 2 40 60-742 **Erscheinungsweise** monatlich **Verantwortlich** für den Inhalt: Leo Monz **Koordination:** Isabel Basterra **Redaktion:** Bernd Mansel, Berlin **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Druck und Vertrieb:** toennes satz + druck gmbh, Erkrath **Forum Migration** wird mit Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung gefördert.

Kommentar

BERLIN, 9. NOVEMBER 2000

Safer Çinar
Leiter der
Ausländerbera-
tungsstelle des
DGB, Landes-
bezirk Berlin-
Brandenburg



antisemitischen und rassistischen Überfälle. Ergebnis: am 9.11. soll ein gesellschaftliches Zeichen gesetzt werden in Berlin: Treffpunkt

aus ca. 25 Vertreter/innen der 10 tragenden Organisationen in von der Telecom hierfür kostenlos zur Verfügung gestellten Räumen ihre Arbeit auf. In knapp drei Wochen soll diese bunt zusammengewürfelte Truppe eine Großdemo organisieren. Dank einer engagierten, sehr unbürokratischen und kollegialen Zusammenarbeit (ich teile mir mit einer Kollegin der BDA sehr harmonisch den Schreibtisch) sowie einer massiven Unterstützung aller Medien schafft sie es auch, über 200 000 Menschen füllen am Tage X die Mitte Berlins. Diese beeindruckende Veranstaltung erhält ihren Höhepunkt durch die Rede von Paul Spiegel, der allen Politiker/innen, die hinter ihm auf der Bühne stehen, – nicht nur den Leitkulturellen – die Leviten liest. Das war der „Aufstand der Anständigen“, der ich nunmehr im Alltag beweisen muss.

Die Rassismusdebatte war nicht nur ein Sommerlochthema. Am 10. Oktober um 8.00 Uhr treffen sich Dr. Andreas Nachama (Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin), Peter Strieder (SPD-Vorsitzender in Berlin und Senator für Stadtentwicklung), Guido Westerwelle (FDP-Generalsekretär) Ruprecht Polenz (damals CDU-Generalsekretär) Petra Pau (Stellvertretende PDS-Bundesvorsitzende) Renate Künast (Bundessprecherin von Bündnis 90/Grüne) und ich (in Vertretung des DGB-Bundesvorstandes) in einem Berliner Hotel zum Frühstück. Einige arbeiten schon seit langem im 1991 vom DGB-Landesbezirk initiierten „Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit“ und der „Initiative Europa ohne Rassismus“ mit. Thema diesmal sind die aktuellen

Synagoge in der Oranienburgerstrasse, Schweigemarsch zum Brandenburger Tor, Kundgebung am Pariser Platz. Der Entwurf eines Aufrufes wird abgestimmt, mögliche Erstunterzeichner aus allen gesellschaftlichen Gruppen genannt. Es folgen weitere Frühstückstreffen mit unterschiedlicher Besetzung, die Runde wird erweitert um Vertreter/innen der Katholischen und Evangelischen Kirche und des BDA. Der Aufruf und die ganze Veranstaltung erhalten den Titel: Wir stehen auf für Menschlichkeit und Toleranz. Redner sollen Bundespräsident Rau und der Vorsitzende des Zentralrates der Jüdischen Gemeinden in Deutschland, Paul Spiegel sein. Am 24.10. findet eine Pressekonferenz statt, anschließend nimmt eine operative Arbeitsgruppe

Die Reden von Johannes Rau und Paul Spiegel stehen im Internet unter: www.wir-stehen-auf.de